



© Agrar Koordination

Die Agrar Koordination zu Gesprächen bei der Europäischen Kommission in Brüssel, um sich für eine nachhaltigere, ökologischere und faire Gemeinsame Agrarpolitik einzusetzen.

EUROPÄISCHE AGRARPOLITIK NACH 2020

Klima- und Umweltschutz: Alles freiwillig?

Anlässlich der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ist die Agrar Koordination vom 15. bis 18. Oktober 2018 mit 21 TeilnehmerInnen auf Einladung von Martin Häusling, Mitglied des EU-Parlaments (MdEP) im Agrarausschuss, Bündnis 90/Die Grünen nach Brüssel gefahren. Die GAP bestimmt über die Verteilung von Fördergeldern an die Mitgliedstaaten und steuert somit maßgeblich, wie Landwirtschaft in der EU betrieben wird. Derzeit gibt sie jährlich 58 Milliarden Euro und damit 39 Prozent des gesamten EU-Budgets für die Landwirtschaft aus. Mit diesem Geld könnte viel für den Klima- und Umweltschutz in der Landwirtschaft getan werden, doch hier hakt es in der GAP massiv. Bisher ist die Vergabe der Gelder hauptsächlich an die bewirtschaftete Fläche der LandwirtInnen gebunden. Daher profitieren vornehmlich Großbetriebe von dieser Förderpolitik.

seitens der EU-Kommission 9 Ziele für die GAP definiert, 3 davon haben einen direkten Umwelt- und Klimabezug. Die Umsetzung obliegt allerdings den Mitgliedstaaten. Sie sollen ihren Status Quo evaluieren und nationale Strategiepläne vorlegen. In der 1. Säule soll die Förderung nun an die Einhaltung bestimmter Vorgaben gebunden werden, „Konditionalität“ genannt. Diese gehen allerdings im bisherigen Vorschlag kaum über gesetzliche Standards hinaus.

ALS VEREIN, der sich weltweit für eine nachhaltige Ernährung einsetzt, führte die Agrar Koordination in Brüssel Gespräche mit der EU-Kommission, Abgeordneten der SPD und CDU, der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland und den Nichtregierungsorganisationen Friends of the Earth, NABU und Corporate Europe Observatory. Gezeigt hat dies vor allem eines: Der Vorschlag der EU-Kommission zur GAP nach 2020 ist unzureichend. Es fehlt an verbindlichen Fördergeldern für Umwelt- und Klimamaßnahmen.

Am 1. Juni 2018 hat Agrarkommissar Phil Hogan den Vorschlag für

die GAP nach 2020 vorgelegt. Kurz beschrieben beinhaltet der Vorschlag Folgendes: Das Zwei-Säulen-System der Förderung wird beibehalten: 60 Prozent der Gelder gehen in die 1. Säule, 40 Prozent in die 2. Säule. Über die 1. Säule erhalten die LandwirtInnen Direktzahlungen, die an die bewirtschaftete Fläche gebunden sind. Das heißt, je mehr Fläche ein Betrieb bewirtschaftet, desto mehr Fördergelder erhält er. Die 2. Säule fördert Maßnahmen der ländlichen Entwicklung, hierunter fallen Maßnahmen zum Tierschutz, Natur- und Gewässerschutz und Ökolandbau. Für die neue Förderperiode (2021–2027) werden

Eco-Schemes heißt das neue Greening Mit dem „Greening“ wurden erstmals in der GAP Zahlungen aus der 1. Säule an bestimmte Bedingungen geknüpft, die einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten sollen. So wurden z. B. ökologische Vorrangflächen eingeführt. Zu viele Ausnahmen, Schlupflöcher und Bürokratie sorgten jedoch dafür, dass das Greening nicht greift. Deshalb sollen die Mitgliedstaaten nun „Eco-Schemes“ erstellen und den LandwirtInnen hierüber eine Finanzierung von Umwelt- und Klimamaßnahmen innerhalb der 1. Säule angeboten werden. Allerdings sind sie

für die LandwirtInnen freiwillig. Die EU gibt auch nicht vor, wie viel der Fördergelder aus der 1. Säule für diese Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden müssen. In der 2. Säule müssen weiterhin 30 Prozent der Fördergelder für Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt werden.

Mehr Verantwortung für die Mitgliedstaaten?

Nun möchte die EU den Mitgliedsländern mehr Verantwortung beim Umwelt- und Klimaschutz in der Landwirtschaft übertragen. Doch es fehlt an finanziellen Anreizen, Maßnahmen hierfür zu ergreifen. Weiterhin ist nicht klar, wie eine Sanktion bei Nicht-Erreichen der gesetzten Ziele erfolgen kann, denn dass Fördergelder zurückgefordert werden, ist mit Blick auf die Vergangenheit sehr unwahrscheinlich.

Martin Scheele, Referatsleiter der Generaldirektion Landwirtschaft in der EU-Kommission warb für eine besonders flexible Art der Umsetzung, da durch das neue Fördersystem, die Bedingungen für die Förderung je nach örtlichen Gegebenheiten von den Mitgliedstaaten selbst in Plänen aufgestellt werden können. Ob sich hier die Mitgliedstaaten damit hervortun, ihren Bauern gegenüber besonders strenge Umweltstandards zu erheben, ist mehr als fraglich.

Umwelt- und Klimaschutz können nicht freiwillig sein

Diese Kritik teilte auch Martin Häusling. Er sieht den Vorschlag als Re-Nationalisierung, die die GAP schwächen und zu einer Unterbietung der Mitgliedsländer bei der Umsetzung von Umwelt- und Klimamaßnahmen führen wird. Es verhindert jede EU-weite Anstrengung innerhalb des EU-Binnenmarktes, die Lebensmittelkette auf mehr Qualität, Umwelt-, Tier- und Klimaschutz auszurichten. Es werde so weder mehr Nachhaltigkeit noch mehr Wettbewerbsfairness geschaffen. Häusling fordert, dass die Eco-Schemes der 1. Säule mit mindestens 40 Prozent der Mittel verbindlich gemacht werden.

Auch Maria Noichl, MdEP im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, SPD, ließ kein gutes Haar an dem Vorschlag der EU-Kommission. Sie habe ihre Arbeit, die GAP zukunftsweisend zu gestalten, nicht getan. Allerdings sprach Noichl nicht von Re-Nationalisierung, da wir auch derzeit keine wirkliche

gemeinsame Agrarpolitik hätten. Dazu seien die 28 Mitgliedsländer zu unterschiedlich. Mehrheiten im EU-Parlament für eine gerechtere und am Gemeinwohl ausgerichtete Agrarpolitik zu schaffen, sei dementsprechend schwer. Sie plädiert für eine Kappung der Direktzahlungen bei 60.000 Euro und nicht erst bei 100.000 Euro. Dies wäre im Vergleich zu dem, was ein E-FacharbeiterIn in Deutschland verdienen, fair. Es sei gesellschaftlich schwer zu vermitteln, warum LandwirtInnen finanziell unterstützt werden und andere Branchen nicht. Hier müsse es eine klare Obergrenze geben und eine Verknüpfung der Fördergelder an die Einhaltung von starken Umweltmaßnahmen. So wirbt sie auch für eine Konditionalität innerhalb der 1. Säule, die eine Flächenbindung der Tierhaltung vorgibt.

Norbert Lins, MdEP im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, CDU, sprach sich gegen diese verpflichtende Konditionalität in der 1. Säule aus. Dafür forderte er, dass mindestens 50 Prozent der Gelder der 2. Säule für Umwelt- und Klimamaßnahmen (momentan sind es 30 Prozent) eingesetzt werden müssten.

Allerdings ist die 2. Säule schon jetzt schlecht finanziert und soll um weitere 15,3 Prozent gekürzt werden. Die 1. Säule hingegen nur um 3,9 Prozent. Für die Eco-Schemes hätte sich Lins allerdings auch eine Verbindlichkeit gewünscht.

André Prescher vom NABU machte deutlich, wie zahnlos die Eco-Schemes in ihrer jetzigen Form sind. Für Deutschland wird das Landwirtschaftsministerium die Eco-Schemes erstellen. Diese wird jedoch seitens der EU nicht geprüft werden. Um überhaupt eine Wirkung zu erzielen, müssten die Eco-Schemes laut Prescher 50 Prozent der Gelder der 1. Säule ausmachen. Hier müsse angesetzt und im Parlament für eine Zweckbindung der Gelder geworben werden.

Die Zivilgesellschaft muss Druck machen

Dass dies dringend notwendig ist, verdeutlichte uns eine lobbykritische Stadtführung durch Brüssel, vorbei an dem europäischen Dachverband der Landwirtschaft COPA COGECA. Diese größte agrarindustrielle Lobbygruppe dominiert häufig die Beratungsgruppen der EU-Kommission. Solche Gruppen richtet die Kommission vor allem dann ein, wenn

neue Richtlinien und Verordnungen erstellt werden sollen. Seit Jahren wird kritisiert, dass in diesen ExpertInnengruppen die Unternehmen massiv vertreten sind, die eigentlich reguliert werden sollen. Sie können damit schon frühzeitig ihre Interessen in die Gesetzgebung einbringen. AkteurInnen, die sich für Umweltschutz, Gesundheit und einen Erhalt der traditionellen Landwirtschaft einsetzen, sind ihnen gegenüber klar in der Unterzahl.

Umso wichtiger ist es, dass die Mobilisierung der Zivilgesellschaft läuft. In Deutschland unterstützen zahlreiche Organisationen die Kampagne Meine Landwirtschaft und schlagen mit tausenden UnterstützerInnen am 19. Januar 2019 bei der ‚Wir haben es satt‘-Demo in Berlin Alarm für eine Agrarwende. Noch ist Zeit, die GAP für den Klima- und Umweltschutz verbindlich zu machen. Die Verhandlungen zwischen Europäischem Rat und Parlament werden voraussichtlich erst im Herbst 2019 laufen.

Zum Aufbau einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion brauchen wir hohe Umwelt- und Tierschutzstandards und faire Preise. Öffentliche Gelder dürfen nur für öffentliche Leistungen gezahlt werden. Sinnvoll wäre es, die Direktzahlungen mit einem Punktesystem auf konkrete Leistungen für den Umwelt- und Klimaschutz auszurichten. Zudem brauchen wir klare Regelungen zur Verhinderung von negativen Auswirkungen von EU-Exporten und Importen in und aus Drittländern.

Die Gespräche in Brüssel haben gezeigt, dass hierfür noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden muss. Auch wenn die einzelnen GesprächspartnerInnen sich durchaus offen für die Diskussion präsentierten, wurde sehr deutlich, dass aus vielen Mitgliedsländern, Deutschland eingeschlossen, sehr viel Gegenwind gegen verpflichtende Umweltmaßnahmen zu erwarten ist. Einig waren sich alle GesprächspartnerInnen in der Dringlichkeit, für die Europawahl im Mai 2019 zu werben, um einen weiteren Rechtsruck im Parlament zu verhindern. Denn diese Kräfte verhindern jede konstruktive Zusammenarbeit.



Mireille Remesch

Die Autorin ist Referentin für Agrarpolitik bei der Agrar Koordination und leitete die Reise nach Brüssel.

4/2018

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung



Lebensadern unserer Erde

Flüsse – begradigt, gestaut, zerstört.

Seite 4

Verdammt gefährdet: Der Kampf um Europas letzte Wildflüsse

Seite 10

Flüsse und Konflikte – Zur strategischen Bedeutung von Wasserläufen

Seite 14

Salzig und braun: Wie die Kohle unserem Wasser schadet

Seite 22

Ökologische Grenzen und Fehlinvestitionen in der Binnenschifffahrt